

wendig, sich auf den verschärften Wirtschaftskriegskurs des Imperialismus und die damit einhergehenden Erschwernisse in der internationalen Zusammenarbeit einzustellen. Solche Erschwernisse ergeben sich aus der Erweiterung der Embargolisten für den Export in sozialistische Länder, aus der direkten Behinderung des Handels mit den RGW-Ländern wie auch aus den Versuchen der USA, neutrale Staaten - wie zum Beispiel Österreich - zu zwingen, sich dem Wirtschaftskriegskurs anzuschließen. Diese offen feindselige Politik gegen den Sozialismus verschlechtert das Klima in den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, erschwert langjährig bewährte, Export- und Importgeschäfte bzw. macht sie überhaupt unrealisierbar.

Die anhaltenden Auswirkungen der mehrjährigen USA-Hochzinspolitik und deren besonders diskriminierende Handhabung gegenüber den RGW-Ländern sowie politisch motivierter Druck bei der Gewährung von Krediten führen zu einer anhaltenden Verteuerung von Importen für die RGW-Länder. Fakt ist, daß, von wenigen Ausnahmen abgesehen, an den internationalen Kreditmärkten ein Kreditboykott gegen-

### **Kurs der Sanktionen ist zum Scheitern verurteilt**

Der imperialistische Wirtschaftskrieg hat heute alle Bereiche der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen erfaßt. Doch in der Geschichte hat sich mehr als einmal bestätigt, daß alle Versuche, Druck auf die UdSSR und die sozialistischen Länder auszuüben und das Rad der Geschichte zurückzudrehen, zum Scheitern verurteilt sind. Auch ein Kurs der Sanktionen und des Boykotts, des Handels- und Wirtschaftskrieges kann die UdSSR und die ganze sozialistische Gemeinschaft nicht in die Knie zwingen. Eine solche Politik ist genauso aussichtslos wie es die Bestrebungen des Imperialismus sind.

über den RGW-Ländern durchgesetzt wurde. Er schränkt die Beweglichkeit des Ost-West-Handels drastisch ein. Es verstärkt sich auch die restriktive Haltung westlicher Banken bei der Finanzierung von Geschäften selbst kapitalistischer Unternehmen im Ost-West-Handel.

Hinzu kommt, daß die imperialistischen Länder, und hier wiederum voran die USA, Boykottmaßnahmen zur Behinderung von Exporten aus den RGW-Ländern eingeführt haben. Dazu gehören die bereits erfolgte Aberkennung der Meistbegünstigungsklausel der USA für die VR Polen und die angekündigte Aberkennung dieser Klausel für die SR Rumänien. Hierzu zählt aber auch die diskriminierende Einfuhrüberwachung gegenüber sozialistischen Ländern seitens kapitalistischer Industrieländer, wie zum Beispiel die Verkürzung der Beantragungsdauern und Geltungsdauern von Einfuhrlizenzen, verzögerte Lizenzerteilung und die Zunahme von Verfahren zur Unterbindung einer positiven Exportentwicklung der RGW-Länder.

Erwähnt werden muß auch, daß die USA die wissenschaftlich-technischen Beziehungen mit der VR Polen und auch mit der UdSSR eingestellt haben.

durch einen Rüstungswettlauf eine militärische Überlegenheit zu erlangen. Die sozialistische Gemeinschaft, darauf wird in der politischen Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages mit Nachdruck verwiesen, sieht im Interesse der Wahrung des Weltfriedens diesem Treiben nicht tatenlos zu.

Der von den aggressivsten Kräften des Imperialismus gegen die sozialistischen Staaten entfachte Wirtschaftskrieg stellt neue Anforderungen an die Werktätigen im Sozialismus. Der Wirtschaftskrieg ist, wie der Generalsekretär des ZK der SED, Genosse Erich Honecker, in seiner Rede zum

Jahreswechsel 1982/83 feststellte, „ein zusätzlicher Anlaß, die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen Ländern des RGW zielstrebig zu vertiefen. Das läßt monopolkapitalistische Boykottversuche ins Leere stoßen, festigt die wirtschaftliche Unangreifbarkeit der DDR und erhöht die Sicherheit ihrer Zukunftspläne.“<sup>1 2</sup>

Selbstverständlich bleibt es dabei - die im März durchgeführte Leipziger Messe und die dort geführten vielfältigen Wirtschaftsgespräche, auch mit USA-Unternehmen, sind ein erneuter Beweis dafür - daß die DDR, die UdSSR, daß alle RGW-Länder bestrebt und gewillt sind, die Wirtschaftsbeziehungen mit kapitalistischen Industrieländern zu entwickeln und auszubauen. Die ökonomische Zusammenarbeit, die Handelstätigkeit auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils, sind wesentliche Prinzipien der Politik der friedlichen Koexistenz, wie sie zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung objektiv notwendig ist.

Der in den sozialistischen Staaten eingeschlagene Weg des höheren ökonomischen Leistungsanstiegs und der engeren brüderlichen Zusammenarbeit stellt ein wesentliches Mittel dar, um den imperialistischen wirtschaftlichen Drohungs- und Erpressungsversuchen wirkungsvoll zu begegnen. Die erfolgreiche Fortsetzung der Politik ökonomischen Wachstums mit Zuwachsraten, von denen man im Imperialismus nur zu träumen vermag, ist die beste Antwort des Sozialismus auf den Wirtschaftskriegskurs des Imperialismus.

Dr. Christine Fiedler  
Dr. Jürgen Nitz

Institut  
für Internationale Politik und Wirtschaft

1) siehe Thesen des ZK der SED zum Karl-Marx-Jahr 1983, Dietz Verlag Berlin 1982, S. 34

2) Neues Deutschland vom 31. Dezember 1982